

21.12.2022

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 759 vom 15. November 2022

der Abgeordneten Ina Blumenthal, Christina Kampmann, Christian Obrok, Alexander Vogt
SPD

Drucksache 18/1676

Hat die Polizei bald ausgezwitschert - Wie verfahren die Polizeidienststellen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft mit ihren offiziellen Twitter-Accounts?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Seit geraumer Zeit bedienen sich auch Polizeidienststellen in NRW regelmäßig des Kurznachrichtendienstes Twitter, um über aktuelle Einsätze und Gefahrenlagen zu informieren. Nachdem Elon Musk den Kurznachrichtendienst Twitter übernommen hat, sorgt das bisherige Verifizierungssystem der sogenannten "blauen Haken" in der Öffentlichkeit für viele Diskussionen. Vor der Übernahme durch Elon Musk belegte der kostenfreie blaue Haken, dass der entsprechende Account auch tatsächlich von der hinterlegten Person beziehungsweise Organisation betrieben wird. Durch die Einführung eines monatlichen Preises von acht US-Dollar sollen nun alle Twitter-Userinnen und -user in die Lage versetzt werden, den blauen Haken kostenpflichtig zu erwerben. Nach Informationen einer Managerin des Kurznachrichtendienstes vom 09.11.2022 sollte zwar ein grauer Haken den offiziellen Charakter besonderer Accounts über ein Verifizierungssystem garantieren. Diese Funktion wurde vom Inhaber Elon Musk kurz darauf aber wieder deaktiviert. Wie die tatsächliche Identität von Account-Inhaberinnen und -inhabern künftig belegt werden soll, scheint noch unklar. Ohne geeignete Verifikationssysteme besteht jedoch eine hohe Missbrauchsgefahr, da sich ab sofort beliebige Nutzerinnen und Nutzer beispielsweise als „offizielle Polizeidienststelle“ ausgeben und damit die öffentliche Krisen- und Lagekommunikation der Polizei erheblich beeinträchtigen könnten. So könnten sich diese mit ihrem verifizierten Account in die Kommunikation einschalten und die Öffentlichkeit gezielt desinformieren und manipulieren.

Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 759 mit Schreiben vom 21. Dezember 2022 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Welche Polizeidienststellen nutzen bisher den Kurznachrichtendienst Twitter in welchen Fällen für ihre Kommunikation?

Alle 50 Polizeibehörden betreiben jeweils einen Twitterkanal. Themen wie die einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Gefahrenabwehr, Fahndungen, Kriminal- und Verkehrsprävention, Opferschutz, Personalwerbung sowie anlassunabhängige Presse- und

Datum des Originals: 21.12.2022/Ausgegeben: 28.12.2022

Öffentlichkeitsarbeit werden hier dargestellt. Twitter wird sowohl im täglichen Dienst als auch in besonderen Lagen als Kommunikationskanal genutzt.

2. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Einsatz- und Lagekommunikation der Polizei mit der Bevölkerung über Twitter vor Missbrauch zu schützen?

Die Einsatz- und Lagekommunikation erfolgt primär über die eigenen Internetseiten sowie die herkömmliche Medienarbeit (Medienauskünfte, Interviews, Statements). Ergänzend dazu kann Social Media genutzt werden, um die Reichweite der Informationen zu erhöhen. Alle Twitteraccounts der Polizei Nordrhein-Westfalen (Polizei NRW) sind verifiziert und durch einheitliche Gestaltungsvorgaben als echte Polizeiaccounts erkennbar.

3. Hat die Landesregierung in Erwägung gezogen, künftig für alle Twitter-Accounts der Polizeidienststellen ein monatliches Abo abzuschließen?

Der Polizei NRW ist derzeit kein Abomodell für Twitter bekannt.

4. Welche Kontakte hat die Landesregierung zu Twitter aufgenommen, um auf mögliche Missbrauchsgefahren hinzuweisen und auf notwendige Lösungen hinzuwirken?

Twitter Deutschland hat alle Polizeibehörden in Deutschland gebeten, ihre Accounts zu melden. Dieser Bitte ist die Polizei NRW nachgekommen.

5. Wie schätzt die Landesregierung eine Nutzung des alternativen Kurznachrichtendienstes Mastodon der deutschen Firma Mastodon gGmbH für die Polizeidienststellen ein?

Die Polizei NRW prüft fortwährend neue Social-Media-Plattformen, darunter auch Mastodon.